



Mitantragssteller, ÄA übernommen

Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2022/03764**
Datum: 05.07.2022
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Wels, Andreas
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	30.03.2022	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung	12.05.2022	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	17.05.2022 14.06.2022 06.07.2022 20.09.2022	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	18.05.2022 15.06.2022 07.07.2022 21.09.2022	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	25.05.2022 22.06.2022 13.07.2022 28.09.2022	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Nutzung von Solarenergie und Erdwärme für kommunale Wohnungsgesellschaften

Beschlussvorschlag:

~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit kommunale Wohnungsgesellschaften entsprechend der gesetzlichen Rahmenbedingungen verpflichtet werden können, alle geeigneten Dächer ihrer Immobilien mit Solaranlagen auszustatten.~~

~~In diesem Zusammenhang ist außerdem zu prüfen, inwieweit und in welcher Form überschüssige Solarenergie in Zukunft gespeichert werden kann.~~

~~Geprüft wird darüber hinaus, ob sich im halleschen Stadtgebiet Erdwärme zur Erzeugung von Energie nutzen lässt.~~

~~Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat im Dezember 2022 vorgelegt.~~

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, über die Gesellschafterversammlungen der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH (HWG) und der Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (GWG) die Geschäftsführungen der beiden Gesellschaften über eine Gesellschafterweisung anzuweisen, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten folgende Maßnahmen umzusetzen:

- 1. Die gemeinsam mit der EVH GmbH begonnene Analyse der Eignung und des Potenzials von Dächern, Fassaden und Balkonanlagen für Photovoltaikanlagen ist mit hoher Priorität abzuschließen. Ergänzend dazu ist zu prüfen, inwieweit und in welcher Form noch andere nachhaltige Energiequellen am jeweiligen Gebäude genutzt und gespeichert werden können.**
- 2. Bei Sanierung und Neubau von Gebäuden ist die Eignung von Dach-, Fassaden- und Balkonflächen für Photovoltaikanlagen zu gewährleisten bzw. herzustellen.**
- 3. Bei allen baulich und wirtschaftlich geeigneten Dach- und Fassadenflächen ist der EVH oder sonstigen Antragstellern die Installation entsprechender Anlagen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zu gestatten.**

gez. Andreas Wels
Vorsitzender
Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER

gez. Melanie Ranft
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Begründung:

Unabhängige und dezentrale Energieerzeugung ist nicht nur in Krisenzeiten von großer Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung mit Strom und Wärme. Deshalb sollten die Wohnungsgesellschaften einen größeren Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.

Das Problem der Energiespeicherung muss ebenfalls in Betracht gezogen werden. Die Erzeugung grünen Wasserstoffs mittels Elektrolyse kann ein Lösungsansatz sein. Die Entwicklung eines „Innovationszentrums Wasserstoff“ am Standort Hafen Trotha wurde seitens der Verwaltung als eines der Leuchtturmprojekte im Zuge des Kohleausstiegs ins Auge gefasst.

Wenn es die geologischen und tektonischen Bedingungen erlauben, muss auch die Nutzung von Erdwärme als Alternative zu den bisherigen Strom- und Wärmelieferanten auf den Prüfstand.